

Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen

Einladung

Gremium: Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen - öffentlich
Sitzungstermin: Montag, 16.04.2007, 16:00 Uhr
Ort, Raum: Ratssaal des Rathauses

Rastede, den 20.03.2007

1. An die Mitglieder des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen

2. nachrichtlich an die übrigen Mitglieder des Rates

Hiermit lade ich Sie im Einvernehmen mit dem Ausschussvorsitzenden zu einer Sitzung mit öffentlichen Tagesordnungspunkten ein.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- TOP 1 Eröffnung der Sitzung
- TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- TOP 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 12.03.2007
- TOP 4 Sanierung des Sportplatzes Hahn-Lehmden; Neubau eines Umkleidegebäudes
Vorlage: 2007/070
- TOP 5 Aufstellung einer Außenbereichssatzung in Lehmdermoor
Vorlage: 2007/040
- TOP 6 Außenbereichssatzung Speckweg
Vorlage: 2007/064
- TOP 7 4. Änderung Bebauungsplan 47 - Gewerbegebiet Leuchtenburg
Vorlage: 2007/069
- TOP 8 Haltestellenmaßnahmen
Vorlage: 2007/071
- TOP 9 BBPL.-Nr. 79 - Südlich Schloßpark; Gestaltung des Kreisverkehrsplatzes
Vorlage: 2007/047

- TOP 10 Modernisierung des Turnierplatzes; Aufstellung eines Maßnahmenprogramms
Vorlage: 2007/062**
- TOP 11 Stellungnahme zum IGEK Hankhauser Moor
Vorlage: 2007/072**
- TOP 12 Neugestaltung Kögel-Willms-Platz
Vorlage: 2007/073**
- TOP 13 Schließung der Sitzung**

**Mit freundlichen Grüßen
In Vertretung**

**gez. Henkel
Erster Gemeinderat**

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2007/070

freigegeben am 16.03.2007

GB 3

Sachbearbeiter/in: Herr Witte, Arnd

Datum: 16.03.2007

Sanierung des Sportplatzes Hahn-Lehmden; Neubau eines Umkleidegebäudes

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	16.04.2007	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	17.04.2007	Verwaltungsausschuss

Beschlussvorschlag:

Die Entwurfsvariante 1 mit den vorgeschlagenen Materialien, die in der Sitzung bemustert werden, wird beschlossen.

Sach- und Rechtslage:

Im Zuge der Sanierung des Sportplatzes in Hahn-Lehmden soll das vorhandene Umkleidegebäude abgebrochen und durch ein neues Gebäude ersetzt werden. Ein entsprechendes Raumprogramm für die Umsetzung der Baumaßnahme wurde in der Sitzung des Kultur- und Sportausschusses am 11.12.2006 und in der Verwaltungsausschusssitzung am 20.02.2007 beschlossen.

Zwischenzeitlich hat das beauftragte Planungsbüro Manfred Ohlenbusch zwei Entwürfe erarbeitet. Die beiden Entwürfe unterscheiden sich im Wesentlichen durch die äußere Gestaltung und durch die Anordnung der Räume im Gebäudekörper. Bei beiden Varianten ist das Raumprogramm erfüllt.

Entwurfsvariante 1

Bei diesem Entwurf handelt es sich um einen lang gestreckten Baukörper mit einem an der Südseite angeordneten, über die äußere Gebäudeflucht verspringenden, Besprechungsraum. Das Gebäude erhält ein Satteldach, welches über die Zugänge der Umkleideräume auskragt und somit eine großzügige Eingangsüberdachung bildet.

Entwurfsvariante 2

Der Grundriss in diesem Entwurf wurde symmetrisch konzipiert. Der Besprechungsraum ist in der Mitte des Gebäudes angeordnet. Die Außenwand des Mehrzweckraumes verspringt ebenfalls über die äußere Flucht des Gebäudes.

Die Zugänge zu den Umkleiden erfolgen über die seitlich neben dem Besprechungsraum angeordneten Türen und über die jeweiligen Erschließungsflure, wobei hier anzumerken ist, dass diese Lösung hinsichtlich der Verschmutzung der Flure und der übrigen Räume sicherlich nicht ohne Probleme sein dürfte. Der vorhandene Bauteppich wird bei dieser Lösung um etwa 1,00 m überschritten.

Die Gesamtbaukosten beider Entwurfsvarianten belaufen sich gemäß Kostenschätzung des Architekten auf **386.095,50 €**

In der Kostenschätzung wurden die Eigenleistungen des Vereins noch nicht berücksichtigt. Hier soll mit dem Verein noch ein Gespräch geführt werden, um den Umfang der Arbeiten festzulegen. Denkbar wären z. B. die Ausstattung des Besprechungsraumes und die Erstellung der Außenanlagen.

Hinsichtlich des Einsatzes regenerativer Energien, die durchaus für ein Gebäude dieser Größenordnung und mit den zu erwartenden Wasser-, Gas- und Stromverbräuchen sinnvoll sein könnte, werden zurzeit seitens der Ing.-Büros Überprüfungen und Wirtschaftlichkeitsberechnungen vorgenommen. Die Ergebnisse werden voraussichtlich erst zur Sitzung vorgestellt werden können. Mögliche Mehrkosten sind in der anliegenden Kostenschätzung noch nicht enthalten.

Der Baubeginn ist für den 01.07.2007 vorgesehen, die Abbrucharbeiten sollen ab den 15.06.2007 erfolgen.

Materialvorschlag:

Außenwände	Verblender, Farbe: rot
Dach	Satteldach 16° geneigt, Tondachziegel, Farbe: rot
Giebelverkleidungen	Faserzementplatten Farbe: grau oder wahlweise Verblender
Dachrinnen	Zinkblechdachrinnen und Fallrohre
Fenster, Außentüren	Kunststofffenster und Türen Farbe: grau
Innenwandbekleidungen	Innenwandputz und Anstrich bzw. z. Teil Kalksandsteinmauerwerk, gefugt
Innenwandbekleidungen In Nassräumen,	Wandfliesen 1,50 – 2,00 m hoch Farbe: weiß mit Farbakzenten
Bodenbeläge	Linoleum Marmorette o. ä.
Bodenbeläge in Nassräumen Und Umkleiden	Fußbodenfliesen aus Steinzeuggut Farbe an das Farbkonzept angepasst
Innentüren	Röhrenspantürblätter kunststoff- beschichtet
ELT - Installation	Schalter und Steckdosen in allen Räumen Beleuchtung aus Rastereinbau- oder Unterbauleuchten
Sanitärinstallation	Toilettenbecken und Waschbecken, Farbe weiß wasserlose Urinale Farbe: weiß

Aufgrund der ungünstigeren Anordnung und der teilweise kleineren Räume, insbesondere der Duschräume in der Variante 2, sowie auch hinsichtlich der schon zitierten möglichen

Probleme bezüglich der Verschmutzung der Eingangsbereiche, favorisiert die Verwaltung die Planung der Entwurfsvariante 1.

Wegen der zeitlichen Abfolge ist eine abschließende Beschlussfassung im VA am 17. April erforderlich. Erst nach dem Beschluss können die Bauantragsunterlagen erstellt, der statische Nachweis geführt und die Ausschreibung vorbereitet werden.

Finanzielle Auswirkungen:

Haushaltsmittel stehen in Höhe von 395.000,00 für den Bau des Umkleidegebäudes zur Verfügung.

Anlagen:

1. Ansicht Variante 1-Grundriss Erdgeschoss / Ansicht Nord / Ansicht West
2. Ansicht Variante 2-Grundriss Erdgeschoss / Ansicht Nord / Ansicht West
3. Kostenschätzung

B e s c h l u s s v o r l a g e**Vorlage-Nr.: 2007/040**

freigegeben am 10.02.2007

GB 3

Sachbearbeiter/in: Herr Zech, Guido

Datum: 12.03.2007**Aufstellung einer Außenbereichssatzung in Lehmdermoor****Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	16.04.2007	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	08.05.2007	Verwaltungsausschuss

Beschlussvorschlag:

1. Dem Entwurf der Außenbereichssatzung nach § 35 Abs. 6 Baugesetzbuch (BauGB) nebst Begründung für einen Teilbereich südlich der Lehmder Straße im Ortsteil Lehmdermoor zugestimmt.
2. Die Öffentlichkeitsbeteiligung und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange werden gemäß § 13 Nr. 2 und 3 in Verbindung mit § 3 Absatz 2 und § 4 Abs. 2 BauGB im Vereinfachten Verfahren durchgeführt.
3. Von einer Umweltverträglichkeitsprüfung wird gemäß § 13 Abs. 3 BauGB abgesehen.

Sach- und Rechtslage:

Die vorliegende Außenbereichssatzung soll für die Bauerschaft Lehmdermoor an der Lehmder Straße aufgestellt werden. Das Satzungsgebiet befindet sich unmittelbar südlich der Lehmder Straße. Die Verwaltung hatte im Vorfeld der Aufstellung dieser und anderer Satzungen eine Untersuchung hinsichtlich möglicher Innen- und Außenbereichssatzungen im Gemeindegebiet erstellen lassen. Dabei waren u.a. auch die im Geltungsbereich dieser Satzung gelegenen Flächen als mögliche Flächen für eine Außenbereichssatzung abgegrenzt worden. Weitere mögliche Satzungsgebiete wurden bereits zwischenzeitlich realisiert.

Es ist Ziel der Gemeinde, einer Überalterung der Einwohnerstruktur in den alten Ortslagen vorzubeugen und auch der jüngeren Generation Perspektiven für ein Verbleiben in den alten Ortslagen zu bieten. Nur eine Einwohnerstruktur, die alle Altersgruppen beinhaltet, ermöglicht ein lebendiges und zukunftsweisendes Dorfgemeinschafts- und Vereinsleben. Um die nachwachsende Generation in der Ortschaft Lehmdermoor halten zu können, ist die Schaffung von Wohngrundstücken ein wichtiger Faktor. Vor diesem Hintergrund erscheint es sinnvoll, Baugrundstücke in einem moderaten Umfang unter Berücksichtigung der vorhandenen dörflichen Struktur zur Verfügung zu stellen. Zudem hat sich in jüngerer Vergangenheit gezeigt, dass die in anderen Satzungen festgesetzten Bauflächenpotenziale genutzt wurden und die Grundstücke vielfach bebaut wurden.

Die in der Planzeichnung dargestellten Bauteppiche unterscheiden sich maßgeblich von einer städtebaulichen Beordnung, wie sie durch einen Bebauungsplan zu erfolgen hätten. Zum einen ist es rechtlich nicht möglich, einem vorhandenen Bestand von Wohnhäusern eine ebenso große Anzahl neuer Gebäude neu gegenüber zu stellen. Zum anderen wurde auf die im zentralen Bereich des Plangebietes belegene Landwirtschaft dahingehend Rücksicht genommen, dass aus immissionsschutzrechtlichen Gründen (Geruch und Lärm) auf den direkt an diesen angrenzenden Grundstücken keine neuen Baumöglichkeiten zugelassen werden. Des Weiteren kann für die gegenwärtige Bebauung keine geordnete Struktur ausgemacht werden, da diese Außenbereichgrundstücke sich bislang ungeordnet entwickelt haben. Bei den neu hinzutretenden Baumöglichkeiten wurde hinsichtlich der Lage und Größe nunmehr darauf geachtet, eine unter Einbeziehung des Altbestandes geordnete städtebauliche Entwicklung zu erreichen.

Die unterschiedlichen Größen der Bauteppiche dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass für alle Gebäude die für den Außenbereich entwickelten Grundsätze gelten, wonach nur Gebäude mit maximal 260m² Wohnfläche, sofern sie aus zwei Wohneinheiten bestehen, errichtet werden dürfen (Einzelhäuser müssen eine entsprechend geringere Wohnfläche haben). Eine vollständige Ausnutzung der Bauteppiche ist daher nicht möglich.

Der Verwaltungsausschuss hat in seiner Sitzung vom 30.01.2007 (Vorlage 2007/006) dem Abschluss eines städtebaulichen Vertrages zur Aufstellung der Außenbereichssatzung zugestimmt. Der Vertrag wurde zwischenzeitlich durch die beteiligten Anwohner unterschrieben. Nunmehr kann das Planverfahren durchgeführt werden.

Das Planungsbüro NWP wurde mit der Erarbeitung der Satzung beauftragt. Das Ergebnis liegt nunmehr vor.

Gemäß § 35 Abs. 6 Baugesetzbuch (BauGB) ist für die Aufstellung einer Außenbereichssatzung das vereinfachte Verfahren nach § 13 Nr. 2 und 3 BauGB entsprechend anzuwenden. Dies bedeutet, dass lediglich eine Öffentlichkeitsbeteiligung mit gleichzeitiger Beteiligung der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange notwendig ist. Auf eine frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung ist daher zu verzichten.

Nähere Erläuterungen werden in der Sitzung durch NWP gegeben.

Übersicht über den Verfahrensstand:

Grundsatzbeschluss/ Aufstellungsbeschluss	Frühzeitige Öffentlichkeits-/ Be- hördenbeteiligung	Öffentliche Aus- legung/ Behörden- beteiligung	Satzungsbeschluss
BauPlUmStA 13.03.07 VA 20.03.07	Entfällt	03.04.07.-03.05.07	Ratssitzung am 10.07.2007

Finanzielle Auswirkungen:

Die Kosten für die Bauleitplanung werden durch die bevorteilten Grundstückseigentümer aufgrund des abgeschlossenen Städtebaulichen Vertrages getragen.

Anlagen:

1. Planzeichnung
2. Satzungstext

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2007/064

freigegeben am 08.03.2007

GB 3

Sachbearbeiter/in: Herr Zech, Guido

Datum: 08.03.2007

Außenbereichssatzung Speckweg

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	16.04.2007	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	08.05.2007	Verwaltungsausschuss
Ö	10.07.2007	Rat

Beschlussvorschlag:

1. Die im Rahmen der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Anregungen werden auf Grundlage dieser Beschlussvorlage sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen vom 16.04.2007 berücksichtigt.
2. Die bisherige Beschlussfassung und Abwägung wird bestätigt.
3. Die Außenbereichssatzung nach § 35 Abs. 6 BauGB für einen Teilbereich östlich des Speckweges im Ortsteil Kleibrok nebst Begründung wird gemäß § 1 Abs. 3 und § 35 Abs. 6 Baugesetzbuch (BauGB) als Satzung beschlossen.

Sach- und Rechtslage:

Gemäß § 35 Abs. 6 Baugesetzbuch (BauGB) war für die Aufstellung dieser Außenbereichssatzung das vereinfachte Verfahren nach § 13 Nr. 2 und 3 BauGB entsprechend anzuwenden. Dies bedeutet, dass lediglich eine Öffentlichkeitsbeteiligung mit gleichzeitiger Beteiligung der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange notwendig war. Auf eine frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung war daher zu verzichten.

Gemäß Beschluss des Verwaltungsausschusses vom 16.01.2007 (Beschlussvorlagen Nr. 2006/162) hat die Beteiligung der Öffentlichkeit und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange in der Zeit vom 23.01. bis 23.02.2007 stattgefunden. Die Abwägungsvorschläge sind dieser Vorlage als Anlage 1 beigelegt.

Wesentliche Anregungen oder Bedenken wurden nicht vorgebracht.

Nähere Erläuterungen werden hierzu in der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen durch das Planungsbüro NWP gegeben.

Nunmehr kann der Satzungsbeschluss gefasst werden.

Übersicht über den Verfahrensstand:

Grundsatzbeschluss/ Aufstellungsbeschluss	Frühzeitige Öffentlichkeits-/ Be- hördenbeteiligung	Öffentliche Aus- legung/ Behörden- beteiligung	Satzungsbeschluss
BauPlUmStA 04.12.06 VA 16.01.07	Entfällt	23.01.07 - 23.02.07	Ratssitzung am 10.07.2007

Finanzielle Auswirkungen:

Keine.

Anlagen:

1. Abwägungsvorschlag
2. Planzeichnung
3. Satzungstext mit Begründung

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2007/069

freigegeben am 16.03.2007

GB 3

Sachbearbeiter/in: Herr Zech, Guido

Datum: 16.03.2007

4. Änderung Bebauungsplan 47 - Gewerbegebiet Leuchtenburg

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	16.04.2007	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	08.05.2007	Verwaltungsausschuss

Beschlussvorschlag:

1. Die 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 47 – Gewerbegebiet Leuchtenburg nebst Umweltbericht wird gemäß § 1 Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB) beschlossen.
2. Die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB sowie der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange eingegangenen Anregungen werden auf Grundlage dieser Beschlussvorlage sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen vom 16.04.2007 berücksichtigt.
3. Dem Entwurf der 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 47 - Gewerbegebiet Leuchtenburg nebst Umweltbericht und Begründung wird zugestimmt.
4. Die Beteiligung der Öffentlichkeit und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange werden gemäß § 4a Abs. 2 in Verbindung mit § 3 Abs. 2 BauGB und § 4 Abs. 2 BauGB durchgeführt.

Sach- und Rechtslage:

Gemäß Beschluss des Verwaltungsausschusses vom 16.01.2007 (Beschlussvorlagen Nr. 2006/176) ist die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit in Form einer öffentlichen Auslegung durchgeführt worden. Außerdem hat auch die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange bis zum 23.02.2007 stattgefunden.

Wesentliche Anregungen wurden nicht vorgebracht.

Die Abwägungsvorschläge sind der Anlage 1 zu entnehmen.

Nähere Erläuterungen werden hierzu in der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen durch die Verwaltung bzw. das Planungsbüro Diekmann und Mosebach gegeben.

Die öffentliche Auslegung und Beteiligung der Träger öffentlicher Belange können nunmehr unter Berücksichtigung der Abwägungsvorschläge durchgeführt werden.

Übersicht über den Verfahrensstand:

Grundsatzbeschluss/ Aufstellungsbeschluss	Frühzeitige Öffentlichkeits-/ Be- hördenbeteiligung	Öffentliche Aus- legung/ Behörden- beteiligung	Satzungsbeschluss
BauPlUmStA 04.12.06 VA 16.01.07	22.01.07- 23.02.07	22.05.07.-22.06.07	Ratssitzung am 11.7.2006

Finanzielle Auswirkungen:

Haushaltsmittel stehen zur Verfügung.

Anlagen:

1. Abwägungsvorschlag
2. Planzeichnung
3. Planzeichenerklärung
4. Textliche Festsetzungen

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2007/071

freigegeben am 16.03.2007

GB 2

Sachbearbeiter/in: Sundermann, Fritz

Datum: 16.03.2007

Haltestellenmaßnahmen

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	16.04.2007	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	08.05.2007	Verwaltungsausschuss

Beschlussvorschlag:

Die von der VBN für die Gemeinde Rastede vorgeschlagenen Haltestellenmaßnahmen der Bedienungsebene 1 und 2 werden zur Kenntnis genommen.

Abweichend von der vorgeschlagenen Prioritätenfolge sollen vorrangig die Maßnahmen im Hauptort Rastede umgesetzt werden. An zweiter Stelle sollen die weiteren Maßnahmen umgesetzt werden.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Umsetzbarkeit der vorgeschlagenen Maßnahmen zu prüfen und eine entsprechende Prioritätenliste zu erstellen. Die an der KGS, Schule Feldbreite und Förderschule Voßbarg aufgeführten Maßnahmen sind hierbei nicht zu berücksichtigen.

Sach- und Rechtslage:

Vom Verkehrsverbund Bremen-Niedersachsen (VBN) wurde aus seiner Sicht der Handlungsbedarf bei den Haltestellen der Bedienungsebenen 1 und 2 festgestellt und hierfür eine Kostenschätzung erstellt.

Die **Bedienungsebenen** untergliedern sich wie folgt:

1. Ebene: Grundnetz = Rückgrat; verbindet Orte höherer Zentralität miteinander (Ober- und Mittelzentren); mind. 1-Stunden-Takt
2. Ebene: ergänzt das Grundnetz insbesondere im Hinblick auf die Flächenerschließung; Anbindung der Grundzentren; mind. 2-Stunden-Takt
3. Ebene: alle nachgeordneten Verkehre, mit zeitweiliger Bedienung (Schülerverkehre), Nachtbusse, ALT (Anruflinientaxi), AST (Anrufsammeltaxi)...

In der Gemeinde Rastede verkehrt kein straßengebundener ÖPNV der 1. Ebene.

Der 2. Ebene sind die Linie 340 Oldenburg – Rastede – Jaderberg – Varel und die Linie 440 Oldenburg – Brake – Nordenham – Blexen zuzurechnen.

Alle übrigen in der Gemeinde Rastede verkehrenden Linien sind der 3. Ebene zuzurechnen.

Als **Grundausrüstung** einer VBN-Haltestelle („Basishaltestelle“) ist vorgesehen:

- Befestigte Wartefläche möglichst mit Blindenleitsystem
- Aufpflasterung der Wartefläche
 - 20 cm bei geradliniger Anfahrbarkeit (Buskap)
 - 18 cm bei nahezu geradliniger Anfahrbarkeit (Fahrbahnrand)
 - 15 cm bei Busbuchten bzw. ungeeigneten örtlichen Bedingungen
- Ausreichende Ausleuchtung des Haltestellenbereiches
- Abfallbehälter
- Bei Bedarf: Fahrradabstellmöglichkeit
- Bei Bedarf: Fahrgastunterstand (transparent, beleuchtet) mit Informationsvitrine und Sitzgelegenheit

Zur Festlegung der in der anliegenden Auflistung vorgeschlagenen **Prioritäten** wurden seitens der VBN die Einsteigerzahlen, die Dringlichkeit/Gefahr, die besonderen Bedingungen der Haltestelle (z. B. zentrale Lage) und die Möglichkeit der Realisierung (z. B. Platzverhältnisse vor Ort) herangezogen. Die tatsächliche Flächenverfügbarkeit sowie ggf. zusätzliche Grunderwerbskosten wurden in der beiliegenden Aufstellung nicht berücksichtigt.

Der Kostenschätzung liegen nachfolgende Pauschsätze zugrunde:

- Befestigte der Wartefläche	600 €
- Aufpflasterung der Wartefläche	5.000 €
- Ausleuchtung des Haltestellenbereiches	2.200 €
- Fahrgastunterstand incl. Vitrine, Abfallbehälter und Sitzgelegenheit	5.000 €
- 3 Fahrradbügel	300 €
- Demontage eines Unterstandes	600 €

Eine sofortige Umsetzung aller Maßnahmen ist weder aus finanziellen noch aus personellen Gründen leistbar.

Finanzielle Auswirkungen:

Aufgrund der Kürzung der Regionalisierungsmittel läuft das bisherige Landesprogramm zur Haltestellenförderung Ende 2007 aus. In 2007 werden hieraus noch die Haltestellenmaßnahmen in Hahn-Lehmden und Rastede, Lindenstraße (Fahrtrichtung Varel) gefördert.

Grundsätzlich bestehen seitens des ZVBN Fördermöglichkeiten, hierfür endet die Antragsfrist jeweils zum 30.9. eines Jahres. Die Förderrichtlinien sollen im Laufe des Jahres überarbeitet werden, da die Auswirkungen des Wegfalls der Landesförderung und der Umfang der künftigen Anträge zur Zeit noch nicht absehbar ist.

Sofern keine Förderung durch den ZVBN erfolgt, besteht die Möglichkeit ggf. Kreisförderung in Höhe von 30 % zu erhalten

Die Restkosten wären jeweils von der Gemeinde Rastede zu tragen.

Anlagen:

1. Vorschlag VBN Haltestellenmaßnahmen

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2007/047

freigegeben am 19.02.2007

GB 3

Sachbearbeiter/in: Frau Wahl, Kirsten

Datum: 19.02.2007

BBPL.-Nr. 79 - Südlich Schloßpark; Gestaltung des Kreisverkehrsplatzes

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	16.04.2007	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	08.05.2007	Verwaltungsausschuss

Beschlussvorschlag:

Der Kreisverkehrplatz sowie das äußere Umfeld werden nach dem eingereichten Vorschlag von Herrn Kevin Braukmann, Schützenhofstraße 70 a, 26180 Rastede (Anlage A1) mit reinen grünplanerischen Elementen bepflanzt.

Die Verwaltung wird beauftragt, für die Durchführung der Arbeiten eine öffentliche Ausschreibung durchzuführen.

Sach- und Rechtslage:

Die Gestaltung des im Zuge der Erschließung des BBPL.-Nr. 79 a – südlich Schlosspark hergestellten Kreisverkehrsplatzes soll in diesem Jahr durchgeführt werden.

Die Bevölkerung der Gemeinde Rastede ist der Aufforderung nach Einreichung von Gestaltungsvorschlägen zahlreich nachgekommen und hat damit das Interesse an der Gestaltung des Ortsbildes dokumentiert.

Diese Vorschläge reichen von einer reinen Bepflanzung bis zum Bau eines Denkmals.

Die Vorschläge wurden in die Kategorien Gestaltung mit reinen grünplanerischen Elementen, Gestaltung mit baulichen Elementen und Gestaltung kombiniert mit baulichen und grünplanerischen Elementen eingeteilt.

Folgende, als Anlage beigefügte, Vorschläge wurden eingereicht:

A: Gestaltung mit reinen grünplanerischen Elementen

- Herr Kevin Braukmann, Schützenhofstraße 70 A, 16180 Rastede
- Herr Heiko Müller, Borbecker Weg, 26180 Rastede

- Frau Sabine von Essen, Heiddornweg 14, 26180 Rastede
- Freundeskreis Schlosspark Rastede e.V., Schützenhofstraße 10, 26180 Rastede
- Ing.-Büro Börjes GmbH & Co. KG, Wilhelm-Geiler-Straße 7, 26180 Rastede

B: Gestaltung mit baulichen Elementen

- Frau Eva C. Cordes
- Frau Dr. Karin Jung,
- Frau Gisela Siefjediers
- Herr Horst Klammer, Thoradestraße 10, 26180 Rastede
- Frau Hermine Meier und Herr Erwin Rodenberg

C: Gestaltung kombiniert mit baulichen und grünplanerischen Elementen

- Herr Arnold Burow, Amselstraße 9, 26180 Rastede
- Ing.-Büro Börjes GmbH & Co. KG, Wilhelm-Geiler-Straße 7, 26255 Westerstede
- Ing.-Büro Börjes GmbH & Co. KG, Wilhelm-Geiler-Straße 7, 26255 Westerstede
- Frau Edda Egerer, Bahnhofstraße 32, 26180 Rastede

Tendenziell ist die Verwaltung der Auffassung, dass sich eine Gestaltung mit reinen grünplanerischen Elementen anbieten würde, da diese von allen Zugewegungen das gleiche optische Bild hat, während eine Gestaltung mit baulichen Elementen den Nachteil hat, dass das bauliche Element nicht immer von allen Seiten her optimal zu betrachten ist.

Der eingereichte Vorschlag von Herrn Kevin Braukmann, Schützenhofstraße 70 A, 26180 Rastede ist eine gleichermaßen individuelle und anspruchsvolle Art der Begrünung, die zudem mit den verwendeten Säuleneichen und der farblichen Anordnung einen Bezug zur Historie des Residenzortes Rastede hat und einen geringen Pflegeaufwand nach sich zieht.

Unabhängig von der zukünftigen Gestaltung des Kreisverkehrsplatzes soll in diesem Frühjahr bereits die Bepflanzung der Hauptzufahrtsstraße Cäcilienring erfolgen. Im Bebauungsplan Nr. 79a ist die Art der Bepflanzung bereits festgelegt worden. In Gesprächen mit der Gärtnerei Müller wurde festgelegt, dass diese die gewählte Bepflanzung entlang Ihres Grundstückes weiterführt, damit ein einheitliches Bild hergestellt wird. Als Solitäräume sollen Blutbuchen gepflanzt werden. Die Unterpflanzung erfolgt mit einer Rotbuchenhecke und als Bodendecker sollen Spiraea japonica „Little Princess“ verwendet werden.

Finanzielle Auswirkungen:

Haushaltsmittel sind im Haushalt 2007 eingeplant.

Anlagen:

Die Anlagen sind eingeteilt in drei verschiedene Gestaltungsmöglichkeiten:

Anlage 1: Gestaltung mit reinen grünplanerischen Elementen

Anlage 2: Gestaltung mit baulichen Elementen

Anlage 3: Gestaltung kombiniert mit baulichen und grünplanerischen Elementen

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2007/062

freigegeben am 06.03.2007

GB 3

Sachbearbeiter/in: Frau Wahl, Kirsten

Datum: 06.03.2007

Modernisierung des Turnierplatzes; Aufstellung eines Maßnahmenprogramms

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	16.04.2007	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	08.05.2007	Verwaltungsausschuss

Beschlussvorschlag:

Die Durchführung von folgenden Maßnahmen auf dem Turnierplatzgelände:

1. Bauliche Instandsetzung des Platzes
2. Bau eines Parkplatzes an der Oldenburger Straße
3. Aufwertung der Eingangsbereiche
4. Sanierung des Richterturms
5. Garten- und Landschaftsbau
6. Aufwertung der Zuschauertribüne

wird beschlossen unter der Voraussetzung der Gewährung von Zuwendungen nach der Gemeinschaftssaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur. Mit der Durchführung wird die Residenzort Rastede GmbH beauftragt. Soweit eine Zuwendung nicht erfolgt, sind bedarfsgerecht Einzelmaßnahmen des Gesamtprojektes gesondert vorzustellen. Die Haushaltsmittel sind mit diesen Maßnahmen zeitgerecht bereitzustellen.

Sach- und Rechtslage:

Im Verwaltungsausschuss am 10.10.2006 ist die Verwaltung beauftragt worden, ein Gesamtmodernisierungskonzept für den Turnierplatz aufzustellen.

Aufgrund dessen hat am 21.12.2007 mit Vertretern verschiedener Großveranstaltungen (Rasteder Automobilclub, Schlittenhunde Sportverein Oldenburg, Musiktage Rastede, Verkehrsverein Rastede, Renn- und Reitverein Rastede, Traditions-Renntag des Oldenburger Landesrennvereins) ein Gespräch stattgefunden, bei dem diese gebeten wurden ihre Bedürfnisse, Wünsche und Anregungen an den Ausstattung und Gestaltung des Turnierplatzes bekannt zu geben.

Die Bedürfnisse, Wünsche und Anregungen wurden zusammengefasst und innerhalb der Verwaltung erörtert. Als Ergebnis wurde festgehalten, dass die nachstehenden, von den Veranstaltern mehrheitlich genannten Punkte, bei der Stellung des Förderantrages Berücksichtigung finden sollten.

Bauliche Instandsetzung des Platzes:

Die noch undrainierte Restfläche des Turnierplatzes soll instand gesetzt werden. Die Arbeiten umfassen neben bodenverbessernden Maßnahmen auch den Einbau von Dränagen und einer Beregnungsanlage. Damit wäre zum einen eine intensive Nutzung des Platzes gewährleistet und zum anderen sichergestellt, dass auch nach stärkeren Regenereignissen Veranstaltungen (Grasbahnrennen und Renntag) nicht abgesagt werden müssen.

Die Kosten für die Umsetzung der Maßnahme betragen laut Kostenschätzung 713.575,00 €

Bau eines Parkplatzes an der Oldenburger Straße:

Im Bereich der Oldenburger Straße soll ein zusätzlicher Parkplatz mit einer direkten Wegeverbindung zum Turnierplatz geschaffen werden, um den Besuchern in unmittelbarer Umgebung des Turnierplatzes einen zusätzlichen Parkplatz anzubieten. Der Parkplatz Sattelplatz ist oft während der Veranstaltungen durch Schausteller etc. belegt.

Die Kosten für die Umsetzung der Maßnahme betragen laut Kostenschätzung 62.100,00 €

Aufwertung der Eingangsbereiche:

Die Eingangsbereiche sollen durch neue Kassenhäuser, den Aufbau von Hinweistafeln, einer neuen Pflasterung (Eingang Schloß) und einer besseren Ausleuchtung aufgewertet werden. Zudem soll die abgängige Zaunanlage rund um den Platz (inkl. Toranlage Friedhofsweg) erneuert werden.

Die Kosten für die Umsetzung der Maßnahme betragen laut Kostenschätzung 129.662,50 €

Sanierung des vorhandenen Kampfrichterturms:

Der Richterturm soll erhalten bleiben und als Schaltzentrale umgerüstet werden. Hierzu muss der Turm saniert werden. Insbesondere müssen neue Fenster und Türen eingebaut und das Dach abgedichtet werden.

Die Kosten für die Umsetzung der Maßnahme betragen laut Kostenschätzung 14.030,00 €

Aufwertung der Zuschauertribüne:

Von den Veranstaltern sind ein Sonnenschutz sowie neue Sitzschalen gewünscht worden. Beide Punkte sind insbesondere wegen der denkmalpflegerischen Belange kritisch zu betrachten. Daher wurde nach Alternativen gesucht. Der bauliche Zustand der Tribünenanlage ist als gut zu bezeichnen. Es sollte hier lediglich eine Sanierung der Bänke (schleifen und imprägnieren) erfolgen. Hinsichtlich des gewünschten Sonnenschutzes gibt es mit mobilen Großsonnenschirmen und Sonnensegeln eine gute Alternative.

Die Kosten für die Umsetzung der Maßnahme betragen laut Kostenschätzung 150.995,00 €

Die zuvor genannten Punkte sind mit den Denkmalpflegebehörden erörtert worden. Grundsätzlich stand man den vorgestellten Punkten positiv gegenüber. In dem Gespräch wurde sich darauf verständigt, dass die Modernisierung des Turnierplatzes und die sich daraus ergebenden Veränderungen auch eine Chance darstellen, den unter Denkmalschutz stehenden Turnierplatz aufzuwerten. So könnte man sich vorstellen, bauliche Veränderungen auf dem Turnierplatz in Kauf zu nehmen, wenn dafür am Randgürtel des Turnierplatzes Kompensationsmaßnahmen durchgeführt werden, die den historischen gewollten Charakter betonen. Hierfür sollte ein denkmalpflegerisches Gesamtkonzept erstellt werden. Dieses ist zwischenzeitlich am 20.02.2007 im Verwaltungsausschuss vergeben worden. Es liegen erste Untersuchungsergebnisse vor, die ebenfalls Gegenstand eines Förderantrages sein sollen.

Garten- und Landschaftsbau:

Die ersten Untersuchungsergebnisse sehen vor, den Turnierplatz hauptsächlich im Bereich des Einganges Mühlenstraße/Parkplatz Sattelplatz und im Bereich zwischen dem Eingang Schloß und dem neu zu errichtenden Parkplatz bei Haustein nach historischen Gesichtspunkten wieder herzustellen. Hierfür sind Fäll,- Pflege und Aufforstungsarbeiten erforderlich.

Die Kosten für die Umsetzung der Maßnahme betragen laut Kostenschätzung 240.005,00 €

Aus den einzelnen Kostenschätzungen ergibt sich ein Gesamtvolumen in Höhe von 1.310.367,50 € Es ist geplant die einzelnen Maßnahmen nach folgenden Bauabschnitten umzusetzen:

- | | |
|-------|---|
| 2007: | 1. + 2. Bauabschnitt Sanierung Rennplatz |
| 2008: | 3. Bauabschnitt Sanierung Rennplatz, Aufwertung der Eingangsbereiche, Sanierung des Richterturms, Garten- und Landschaftsbau, Bau eines Parkplatzes an der Oldenburger Straße |
| 2009: | Garten- und Landschaftsbau, Aufwertung der Zuschauertribüne |

Die gesamten Punkte werden im Rahmen der Sitzung ausführlich vorgestellt.

Finanzielle Auswirkungen:

Im Haushalt 2007 stehen 350.000,00 € zur Verfügung. Die fehlenden Haushaltsmittel in Höhe von 961.000,00 € sind mit den einzelnen Maßnahmen im Haushalt 2008 und 2009 zeitgerecht bereitzustellen.

Für die Umsetzung der Maßnahme wird ein Förderantrag bei der N-Bank gestellt. Der etwaige Zuschuss liegt bei 40 % der Gesamtkosten, also in einer Größenordnung von rund 525.000,00 €

Anlagen:

keine

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2007/072

freigegeben am

GB 3

Sachbearbeiter/in: Herr Ammermann, Hans-Hermann

Datum: 16.03.2007

Stellungnahme zum IGEK Hankhauser Moor

Beratungsfolge:

Status

Datum

Gremium

Ö

16.04.2007

Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen

N

08.05.2007

Verwaltungsausschuss

Beschlussvorschlag:

Die Gemeinde Rastede stimmt dem geplanten Torfabbau im Hankhauser Moor nicht zu.

Sach- und Rechtslage:

Bereits mit der Vorlage 2003/057 hat die Verwaltung umfangreich dargestellt, welche Auswirkungen auf das Gebiet der Gemeinde Rastede einwirken könnten. Grundlage für die Betrachtung waren die geplanten Darstellungen im Landesraumordnungsprogramm 2002 (LROP). Mit dieser Vorlage wurden nur die Darstellungen zusammenfassend dargestellt, die sich mit der Thematik Torfabbau befassen.

Bei der Festlegung der Gebiete 61.1 und 61.2 (Anlage 1) wurde dargestellt, dass sich das Gebiet gegenüber der ursprünglichen Planung verkleinert hatte. Die Auswirkungen auf die Flächen der Gemeinde Rastede waren allerdings nicht gravierend, da sich die Reduzierung auf Flächen der Stadt Oldenburg bezogen.

Bereits im Rahmen der Fortschreibung des Regionalen Raumordnungsprogrammes 1994 des Landkreises Ammerland (RROP) hat dieser in seiner Stellungnahme gegenüber dem LROP seine Position zur Inanspruchnahme der Torflagerstätten am Rasteder Geestrand dargestellt und um einen Verzicht dieser Festlegungen gebeten. Der Niedersächsische Landtag hat am 21.10.2002 die Änderung des Niedersächsischen Landesraumordnungsgesetzes verabschiedet und auf dieser Grundlage das LROP am 12.11.2002 als Verordnung beschlossen. Im LROP wurde die Abbauwürdigkeit der Torflagerstätten festgestellt und festgelegt. Um die konkurrierenden Nutzungsansprüche (u.a. Naturschutz, Landwirtschaft, Windenergie) in diesem Vorranggebiet zu entflechten und aufeinander abzustimmen, ist die Erstellung von Integrierten Gebietsentwicklungskonzepten (IGEK) vorgesehen. Für das Teilgebiet 61.1 ist das IGEK vom 21.05.2006 dem Landkreis Ammerland zwecks Erteilung des Einvernehmens vorgelegt worden. Der Landkreis Ammerland hat durch Beschluss des Kreistages im Sommer 2006 seine Stellungnahme an die der Gemeinde Rastede gebunden.

Bereits am 17.11.2003 hatten Vertreter der Firma Moorkultur Ramsloh ihr großes Interesse an der Rohstoffgewinnung im Vorranggebiet 61.1 bekundet und bei der Gelegenheit bereits darauf hingewiesen, dass mit einigen Landwirten Gespräche über den Ankauf von Flächen stattgefunden haben. Zwischenzeitlich sind nach Aussage der Firma Verträge mit Eigentümern von 265 ha der geplanten 300 ha abgeschlossen.

Die Gemeinde Rastede hatte insbesondere hinsichtlich des Abbaufahrens große Bedenken hinsichtlich der möglichen Absenkung des Grundwasserspiegels und der damit verbundenen Gefahren für die Pfahlgründungen von Gebäuden und Bauwerken sowie der Gefahren für Straßen. Weitere Bedenken bestehen hinsichtlich des veränderten Landschaftsbildes, sowie der Grundwasserbewirtschaftung.

Die Bedenken bezüglich der Problematik der erwarteten Absenkung des Grundwasserspiegels konnten durch zusätzliche Untersuchungen im Rahmen des IGEK weitestgehend ausgeräumt werden. Mindestens für etwa 65% des untersuchten Raumes dürften diese Probleme nicht auftreten, wobei es sich um die landwirtschaftlich wertvolleren Flächen handelt. Für diese Bereiche scheint der Nachweis erbracht, dass ein hydraulischer Grundbruch nicht zu erwarten ist. Die Gefahren für die Straßen können im Rahmen der Bodenabbaugenehmigung durch z. B. Kammerung und entsprechende Abstände von den Straßen minimiert werden.

Die Zielsetzung der Gemeinde muss die Renaturierung der Moore nach dem Abbau sein. Für mindestens 1/3 der Fläche, also für ca. 100 ha, ist dieses Entwicklungsziel nicht gesichert. Durch eine voraussichtliche Höhendifferenz zwischen der Abbauhöhe und dem sich einstellenden Wasserspiegel von bis zu 1 m lässt sich aus Sicht der Verwaltung eine Renaturierung des Moors nicht erreichen (Anlage 2). Wenngleich die Verfasser des IGEK hierfür einen Versuchsbetrieb für eine Teilfläche anbieten, ist aus Sicht der Verwaltung damit nicht die Zustimmung zu den übrigen Bereichen möglich. Das Gesamterscheinungsbild der abgebauten Flächen steht in einem direkten Zusammenhang zu den restlichen Flächen. Außerdem stellt sich der prognostizierte Wasserspiegel nur ein, wenn die Bewirtschaftung der Flächen hinsichtlich der Entwässerung weiterhin so erfolgt, wie er bisher mittels Pumpen für die Schanze erfolgt ist. Werden die Wassermengen größer die zur Schanze fließen, so wären die Pumpenleistung und der Gewässerquerschnitt anzupassen. Zu diesen Auswirkungen bzw. Maßnahmen sind im IGEK keine Aussagen getroffen.

Sofern sich ein Abbau ergeben würde, die zufließende Wassermenge sich erhöhen würde und die Wasserförderung nicht wesentlich erhöht werden könnte, bestehen Aussichten auf eine große, u.U. 100 ha große Wasserfläche, die sich nicht zum Moor entwickeln lassen würde. In der Anlage 3 ist eine Darstellung eines solchen Szenarios dargestellt.

Zusammenfassend stellt sich die Bewertung des IGEK so dar, dass keine ausreichend gesicherten Aussagen zur Entwicklung der abgebauten Flächen vorliegen. Dieses zukünftige Erscheinungsbild ist aber wesentlich für die landschaftliche Prägung des Gebietes hinsichtlich Natur und Landschaft und damit auch für den Tourismus. Diese Einschätzung wird durch den mehrere Jahrzehnte dauernden Abbau untermauert.

In der Sitzung werden anhand eines Power-Point-Vortrages die Positionen der Gemeinde noch einmal näher erläutert.

Nachstehend ist der Verfahrensablauf für einen Bodenabbau dargestellt:

LROP – Vorgesehener Bodenabbau ausgewiesen

LROP 2002 – Vor möglichen Abbau ist ein IGEK zu erstellen, zwecks Abstimmung der konkurrierenden Nutzungsansprüche. Hierfür ist das Einvernehmen des Landkreises erforderlich.

IGEK – Einvernehmen könnte durch den Landkreis erteilt werden. Der Landkreis hat eine Bindung seiner Stellungnahme an die der Gemeinde gebunden. Das fehlende Einvernehmen der Gemeinde könnte ersetzt werden.

RROP 96 – Für die Abbauf Flächen ist im RROP die Festlegung Torfabbau, mit dem Hinweis auf Zeitstufe II ausgewiesen.

Zulassungsverfahren – Bei Beantragung einer Bodenabbaugenehmigung wäre nach § 35 BauGB das Einvernehmen der Gemeinde erforderlich.

Sofern das RROP 96, Laufzeit 10 Jahre, geändert wird, lägen die Voraussetzungen für die Beantragung einer Bodenabbaugenehmigung vor. Das RROP 96 ist noch bis September 2007 gültig.

Sollte eine Änderung des RROP nicht erfolgen, so wäre ein Zielabweichungsverfahren erforderlich. Hierfür wäre das Benehmen mit der Gemeinde Rastede herzustellen.

Nach Aussage des Landkreises Ammerland ist bisher eine Änderung des RROP nicht vorgesehen. Vielmehr ist die Verlängerung der Laufzeit über den 4.9.2007 für weitere Jahre eingeleitet. Mit der für Ende des Jahres 2007 erwarteten Änderung des Landesraumordnungsgesetzes würde dem Landkreis ohnehin die Möglichkeit eröffnet die Gültigkeit des RROP zu verlängern, ohne hierfür die Zustimmung bzw. Genehmigung des Landes einholen zu müssen.

Finanzielle Auswirkungen:

keine

Anlagen:

Anlage 1 – Geplantes Abbaugelbiet gemäß LROP

Anlage 2 – Herrichtung nach Abbau

Anlage 3 – Mögliche Nachnutzung

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2007/073

freigegeben am

GB 3

Sachbearbeiter/in: Herr Ammermann, Hans-Hermann

Datum: 17.03.2007

Neugestaltung Kögel-Willms-Platz

Beratungsfolge:**Status**Ö
N**Datum**16.04.2007
08.05.2007**Gremium**Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
Verwaltungsausschuss**Beschlussvorschlag:**

Die Auswertung der Bürgerbeteiligung zur Neugestaltung des Kögel-Willms-Platzes wird zur Kenntnis genommen. Die Verwaltung wird beauftragt einen Planer vorzuschlagen, der die Vorschläge in ein Gesamtkonzept aufnimmt.

Sach- und Rechtslage:

Die Umgestaltung des Kögel-Willms-Platzes war Gegenstand vieler Diskussionen in der Rasteder Bevölkerung. Auf die Bedeutung dieses Platzes ist bereits eingehend bei der Studie „Kommunalmarketing“ hingewiesen worden.

In Zusammenarbeit mit der Residenzort Rastede GmbH wurde eine Beteiligung der Bevölkerung zwecks Einreichung von Vorschlägen für die Verwendung und Gestaltung des Platzes durchgeführt.

Die Auswertung dieser Umfrage und die Gestaltungsvorschläge für diesen Platz sind in der Anlage beigelegt. Dabei wurde deutlich, dass $\frac{3}{4}$ der beteiligten Personen eine Umgestaltung des Platzes wünschen.

Aus Sicht der Verwaltung sollte der Platz als Kommunikations- und Veranstaltungsfläche zur Verfügung stehen und unter Berücksichtigung der Vorschläge durch entsprechende Fachplaner in einen Entwurf umgesetzt werden.

Folgende Nutzungsansprüche wurden geltend gemacht:

- Bänke und Sitzgelegenheiten
- Spielplatz und Spielgeräte
- Brunnen und Wasserspiele
- Konzertmuschel oder Bühne
- Toiletten
- Parkplätze

Gestaltung:

- Überdachungen
- Gartentypen
- Kunstobjekte
- Anlage von Wegen
- Bäume und Beete
- Trockenlegung des Platzes
- Einbeziehung der St.-Marien-Kirche

Entsprechend der vorgeschlagenen Nutzungsansprüche und Gestaltungsformen lassen sich aus vielen dieser Vorschläge Planungen entwickeln, die dann jedoch nochmals der Öffentlichkeit vor Umsetzung vorgestellt werden sollen.

Details hinsichtlich einzelner Nutzungsüberlegungen werden in der Sitzung vorgestellt.

Finanzielle Auswirkungen:

z. Zt. keine

Anlagen:

Auswertung Bürgerbeteiligung